

A

Ja

JA

JA

# vote your #StaDDrat

Nö

Nö

Standpunkte der Parteien zur Dresdner Stadtratswahl 2024

Nö

?

?

?

U18 ~~Ø~~



## Einleitung\*

### Kommunale Politik

In diesem Jahr passiert es wieder in Dresden. Der Stadtrat wird gewählt, also 70 Menschen unterschiedlicher Parteien, die in der Stadt wichtige Entscheidungen treffen. Was der Stadtrat macht nennt man „kommunale Politik“. Kommunale Politik ist sehr wichtig für unser tägliches Leben. Sie bestimmt zum Beispiel, wie viel Geld Jugendzentren bekommen, wie Parks und Skateanlagen aussehen sollen sowie wo neue Fahrradwege gebaut werden und wie die Schulen ausgestattet werden.

### Fragen und Antworten

Wir haben den 10 Parteien im Dresdner Stadtrat Fragen geschickt. Diese Fragen kommen von jungen Menschen. Acht Parteien haben uns geantwortet. Was sie geantwortet haben, kannst du auf den nächsten Seiten lesen.

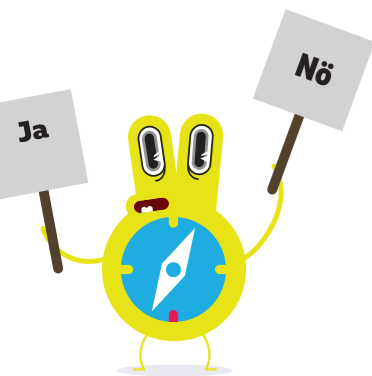
### Entscheidungshilfe

Wir zeigen, wo die Parteien stehen. Dazu benutzen wir kleine, bunte Bälle. Jeder Ball steht für eine Partei. Jeder Ball hat die Farbe von seiner Partei. In einer Liste kannst du sehen: Dieses Logo und diese Farbe gehören zu dieser Partei. Im Internet kannst du noch mehr zu den Parteien erfahren: beim Wahl-o-Mat oder der Seite **voteyourstaDDrat.de**. Um diese Seiten zu besuchen, musst du den QR Code scannen. Außerdem kannst du dir die sozialen Medien der Parteien anschauen. Dort bekommst du weitere Einblicke in deren Meinungen.

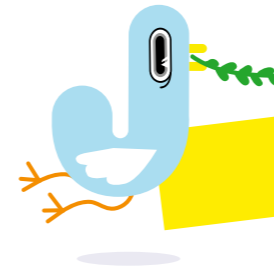
vote your  
#StaDDrat



\*Dieser Text ist in leichter Sprache verfasst. Das soll einen inklusiveren Zugang ermöglichen.



## Kommunalwahlen\*



### Wie funktionieren Kommunalwahlen?

Kommunalwahlen finden alle fünf Jahre statt. Bei diesen Wahlen geht es dieses Jahr auch um den Stadtrat in Dresden. Der Stadtrat hat 70 Leute. Diese Leute sind in verschiedenen Parteien. Wer bei den Wahlen gewinnt, kann bestimmen, wie die Stadt aussieht. Wenn du mitbestimmen willst, wie Dresden in der Zukunft aussieht, musst du wählen. Die nächsten Wahlen sind am **09. Juni 2024**. Wählen ist aber nicht alles. Es gibt auch noch andere Möglichkeiten, dich politisch zu beteiligen. Die Politik können Menschen auf verschiedene Arten gestalten.

### Regeln beachten!

Die Wahlen in den Städten und Gemeinden sind in jedem Bundesland ein bisschen anders. Aber es gibt Regeln, die für alle Wahlen gleich sind. Jeder und Jede darf wählen. Die Wahl ist direkt. Die Wahl ist frei. Jeder hat die gleiche Stimme. Niemand darf sehen, wen du wählst. Das Alter, ab dem man wählen darf, ist in jedem Bundesland anders. In manchen Bundesländern darf man schon mit 16 Jahren

wählen, in Sachsen erst mit 18 Jahren. Vielleicht denkst du, dass junge Leute schon mit 16 Jahren wählen sollten. Es gibt eine Aktion, die heißt #16stimmt. Bei dieser Aktion setzt sich der Kinder- und Jugendring Sachsen dafür ein, dass junge Leute schon mit 16 Jahren wählen dürfen. Auch wichtig: du musst an dem Ort, wo du wählst, mindestens 3 Monate wohnen. Das nennt man Haupt-Wohnsitz. Nicht nur Menschen mit einem deutschen Pass dürfen wählen. Auch Menschen aus anderen Ländern der Europäischen Union dürfen das.

### Wie jetzt genau?

Du kannst auf zwei Arten wählen. Du kannst in ein Wahl-Lokal gehen oder du kannst einen Brief schicken. Das nennt man Brief-Wahl. Bei der Wahl hast du 3 Stimmen. Du kannst diese Stimmen aufteilen. Das heißt, du kannst deine Stimmen verschiedenen Personen geben. Oder du kannst alle deine Stimmen einer Person geben. Du kannst auch weniger als 3 Stimmen abgeben. Aber du kannst nur Personen wählen, die schon auf dem Wahl-Zettel stehen.

## Wozu diese Broschüre?

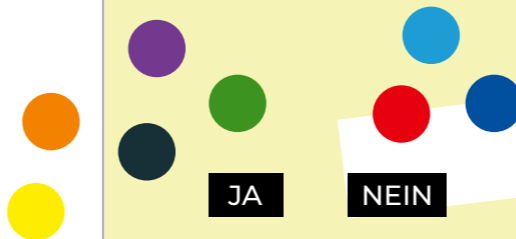


**Du bist unter 18?** Diese Broschüre ist wie für dich gemacht! In ihr findest du Informationen zu den Kommunalwahlen, zum Thema Senkung des Wahlalters, sowie zu den Standpunkten ausgewählter Parteien.

**Du bist Erstwähler\*in?** Diese Broschüre kann dir dabei helfen, dich in der lokalen Parteienlandschaft besser zurecht zu finden. Durch die verschiedenen Fragen kannst du genau sehen, welche Anliegen dir wichtig sind und wie die jeweilige Partei dazu steht.

**Du bist Fachkraft?** Diese Broschüre kannst Du nutzen, um niedrigschwellig mit jungen Adressat\*innen über Politik und die Wahlen ins Gespräch zu kommen. Außerdem kannst du sie z. B. in Jugendtreffs auslegen oder auf deiner Streetwork-Runde verteilen.

**Du bist Elternteil?** Diese Broschüre ist eine gute Grundlage, um mit deinem Kind/deinen Kindern über Themen wie Wahlen, Politik und Demokratie zu sprechen. Es ist sicherlich nie schlecht zu wissen, welche politischen Themen deinem Kind/deinen Kindern wichtig sind.



## Methodenvorschlag Kugelmethode

### Benötigtes Material:

Kugeln, Bonbons, Filzstifte etc.

### Ort der Durchführung:

überall möglich

### Dauer:

ca. 20 min (variiert mit Gruppengröße Anzahl der Fragen)

### Personenanzahl:

alleine oder in kleinen Gruppen

### Altersgruppe:

ca. ab 12 Jahren

### Ablauf:

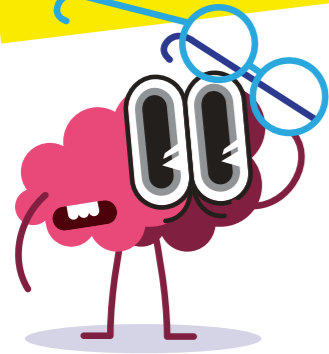
Die Teilnehmenden bekommen die erste Frage der Broschüre gestellt und beantworten diese aus ihrer Sicht. Anschließend erhalten sie Kugeln in den Farben der Parteien, die genauso geantwortet haben wie sie selbst. Natürlich geht es nicht nur um das bloße Beantworten. Die Methode bietet die Möglichkeit sich über verschiedene Meinungen und Argumente auszutauschen, Unklarheiten zu klären usw.

Auch kann sie ein Impuls sein mit den Teilnehmenden ins Gespräch darüber zu kommen, welche Themen ihnen besonders wichtig sind und welche sie nicht interessieren. Mit den restlichen Fragen wird ebenso verfahren. Am Ende haben die Teilnehmenden durch die Visualisierung der Kugeln eine Übersicht, mit welchen Parteien sie eine höhere und mit welchen eine geringere inhaltliche Übereinstimmung haben. Anschließend kann diskutiert werden, inwieweit junge Menschen Wahlen als eine sinnvolle Möglichkeit der Mitbestimmung bzw. Meinungsäußerung wahrnehmen.

*An manchen Stellen kommt es vor, dass eine Partei mit „Ja und Nein“ geantwortet hat oder sich einer Positionierung enthält. Bei den betreffenden Fragen bekommen die Teilnehmenden keine Kugel der entsprechenden Partei.*



# Welche Themen liegen Ihnen am meisten am Herzen?



**SPD**

**Mobilität, bezahlbares Wohnen, gute Bildung, soziale Absicherung und nachhaltiges Wachstum.**

**CDU**

Uns liegen **alle Themen** unserer Stadt am Herzen, damit sich möglichst alle hier lebenden Menschen wohlfühlen. Deshalb ist die Jugendpolitik nur ein Teil unseres Programms – wenn auch ein wichtiger, da in der Jugend die Zukunft unserer Stadt liegt. Aber wir setzen uns ebenfalls für Eltern und Großeltern, für Arbeiter und Angestellte, für Wirtschaft und Kultur, für Sport und Freizeit und vieles mehr ein.

**Frieden** – aber darauf hat der Stadtrat leider keinen Einfluss. Für Dresden wollen wir mit unserem politischen Handeln gegen die permanenten **Preissteigerungen** in allen Lebensbereichen vorgehen. Hierzu wollen wir, dass bei der **Energieversorgung** unserer Stadt der Fokus zukünftig auf preiswerte und sichere Energiequellen gelegt wird. Wir wollen die Dresdner bei Gebühren und Abgaben entlasten – bspw. u. a. die Preise für Schulessen senken.

**FREIE WÄHLER**

Unser zentrales Thema ist die **Bürgerbeteiligung**. Wir wollen erreichen, dass bei wichtigen Themen die Bürger direkt entscheiden dürfen und nicht nur informiert werden.

**AfD**

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**

Wir wollen mehr **Freiräume** für junge Menschen schaffen, selbstgestaltete/-organisierte Jugendtreffs fördern, **Streetwork** aufbauen und konsumfreie, attraktive Treffpunkte für Jugendliche, auch in den Abendstunden bereitstellen.

**DIE LINKE.**

Die LINKE will mehr **bezahlbaren Wohnraum** schaffen. DIE LINKE will weiterhin viel **Geld für Kinder und Jugendliche** ausgeben. Dazu gehören das kostenlose Mittagessen in der Schule und der Kita, aber auch Jugendtreffs. Die LINKE will mehr Orte schaffen, an denen Jugendliche sich sicher aufhalten können, z. B. in Parks mit Skateanlagen und Graffitiwands oder auf Schulsportanlagen außerhalb der Initiativen von Jugendlichen, ihre Stadt zu gestalten, wird die LINKE unterstützen. **Schulzeit.**

**PIRATEN  
PARTEI**

Das sind z. B. ÖPNV & **Radverkehr, Klimaneutralität, Datenschutz & Transparenz, Selbstbestimmung oder Digitalisierung**. Bezogen auf die Themen **Jugend und Bildung** sind uns besonders wichtig:

- garantierter Kita-/Hortplatz
- IT-Betreuung an Schulen
- mehrjährige Förderung für Jugendprojekte
- kostenlose Lernmittel & KiTa-/Schul-Essen

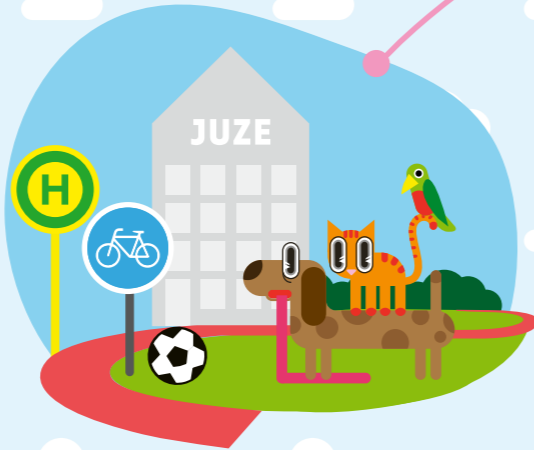
**Freie  
Demokraten  
FDP**

Die Beschleunigung und **Digitalisierung der Verwaltung**, gute **Ausstattung der Schulen, Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer, gute Bedingungen für die Wirtschaft**, niedrige Abgaben und ein ausgeglichener Finanzhaushalt, damit zukünftige Generationen nicht unsere Schulden abbezahlen müssen.

**GENERELLE  
STANDPUNKTE  
DER PARTEIEN**

WER?  
WO?  
WIE?  
WAS?

SAUBER!



U18 €

**Aufgaben**

**Kommune**

- » Ampeln
- » Jugendzentren
- » Radwege
- » Feuerwehr
- » Freizeitangebote
- » Grünflächen
- » Schwimmbäder
- » Tierheime ...

**Aufgaben**

**Land**

- » Schule/Bildung
- » Jagd
- » Polizei
- » Studienplätze
- » Landstrassen
- » Waldgebiete
- » KiTa Gesetz ...

**Aufgaben**

**Bund**

- » Kindergeld
- » Mindestlohn
- » Steuern
- » Infrastruktur
- » Asylgesetz
- » Straßenverkehrsordnung
- » Hartz IV
- » Grundgesetz ...

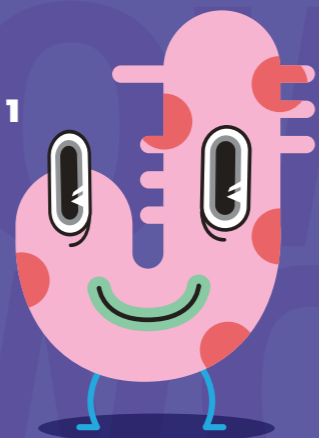
**Aufgaben**

**Europäische Union**

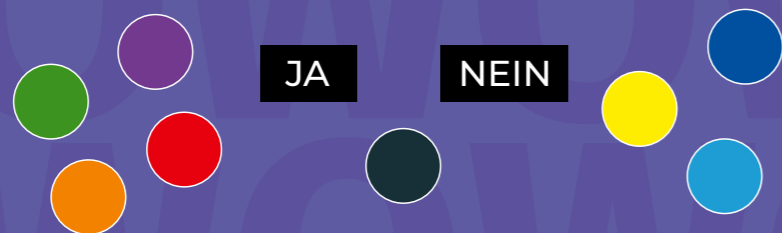
- » Reisefreiheit, Grenzen
- » Naturschutz & Umweltschutz
- » Landwirtschaft
- » Fischerei
- » Gleichberechtigung
- » Datenschutz im Internet
- » Qualität von Trinkwasser, Lebensmitteln, Badeseen
- » Luftreinheit und Abgase
- » Mindestschutz für Arbeiter\*innen ...



## FRAGE 1



## Sind Sie für den Ausbau des Radwegenetzes zu Lasten des Automobilverkehrs?



SPD

Ja. Wir wollen den Radverkehr fördern und gleichzeitig den Automobilverkehr entlasten. Wir planen Radwege abseits der Hauptstraßen, Radschnellwege und wollen Lücken im Elberadweg schließen. Unsere Vision ist eine Stadt, in der verschiedene Verkehrsmittel gut und effizient miteinander verknüpft sind.

AfD

Nein. Die gesamte Wirtschaft und Versorgung und damit auch der Wohlstand der Stadt hängt von einer guten verkehrlichen Erschließung ab. Zudem gibt es eine Vielzahl an Menschen, die auf das Auto angewiesen sind. Wir unterstützen den Ausbau des Radwegenetzes, jedoch nicht zu Lasten des Wirtschafts- und Kfz-Verkehrs.

BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN

Ja. Radfahren soll in Dresden keinen besonderen Mut mehr erfordern. Jedes Kind sollte eigenständig mit dem Rad in die Schule fahren können. Unser Ziel ist, dass bis 2030 die überwiegende Mehrheit der Dresdnerinnen und Dresdner auf das Fahrrad umsteigen und sich sicher fühlen kann.

Freie  
Demokraten  
FDP

Nein. Ein pauschales Ersetzen von Straßen durch Radwege ist kein sinnvolles Vorgehen und bremst nicht nur Autofahrer, sondern auch den ÖPNV aus. Wo nicht der genug Platz für alle Verkehrsteilnehmer vorhanden ist, müssen intelligente Kompromisse geschaffen werden.

CDU

Ja und Nein. Wir sind nicht generell dafür aber auch nicht generell dagegen. Es kommt auf die konkreten Umstände vor Ort an. Wir wollen alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt behandeln und lehnen einseitige Bevorzugungen ab. Das heißt, dass für wichtige Radrouten oder die Beseitigung von Unfallschwerpunkten auch der Autoverkehr zurückstecken muss. Unser Ziel ist, die Interessen aller Verkehrsteilnehmer zu berücksichtigen.

FREIE WÄHLER

Nein. Ganz klar nein. Wir halten das Ausspielen von Verkehrsteilnehmern gegeneinander für den falschen Weg. Die meisten Dresdner nutzen sowohl das Fahrrad, Busse und Bahnen, das Auto oder gehen zu Fuß. Ein fairer Ausgleich der Interessen ist für uns der richtige Ansatz.

PIRATEN  
PARTEI

Ja. Das Auto hat in der Verkehrsplanung leider oft die höchste Priorität. Gerade in einer Stadt der kurzen Wege, wo der nächste Supermarkt nicht weit entfernt ist, ist ein Rad die bessere Alternative. Fahrräder sind umweltschonender, günstiger und platzsparend. Das muss die Stadt fördern.

DIE LINKE.

Ja. Es geht ja darum, dass in einer Stadt für Alle, auch alle Verkehrsteilnehmer\*innen sicher ankommen. Dafür müssen Rad- und Fußwege ausgebaut werden.

FRAGE 2



## Sind Sie für kostenlosen ÖPNV?

JA

NEIN

SPD

Ja. Der öffentliche Nahverkehr muss gefördert werden, um die Nutzung zu erleichtern und die Umweltbelastung zu reduzieren. Wir unterstützen kostenlose oder vergünstigte ÖPNV-Tarife für bestimmte Bevölkerungsgruppen und wollen Anreize für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel schaffen.

Afd

Ja. Der Öffentliche Personennahverkehr ist ein Element der Daseinsfürsorge und sollte für jeden barriere- und hinderungsfrei zur Verfügung stehen. Wir befürworten deshalb einen kostenlosen ÖPNV, insbesondere für Schüler, Azubis und Rentner.

BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN

Nein. Wir möchten das ÖPNV-Netz ausbauen und den Takt verbessern, um den ÖPNV noch attraktiver zu machen. Günstige Tickets, wie z. B. das Bildungsticket, für das wir uns eingesetzt haben, sind uns wichtig. Das Sozialticket soll erhalten bleiben, sodass Menschen mit wenig Geld zum halben Preis fahren können.

Freie  
Demokraten  
FDP

Nein. Für das Gelingen der Verkehrswende braucht es einen guten ÖPNV und der muss finanziert werden. Eine vollständige Finanzierung von öffentlicher Seite lehnen wir ab. Insbesondere kann Dresden auf kommunaler Ebene solche Kosten nicht selbst aufbringen.

CDU

Nein. Wir wollen einen attraktiven und pünktlichen ÖPNV mit möglichst kurzen Taktzeiten, saubere Busse und Bahnen und wir wollen das Streckennetz weiter ausbauen. Das kostet viel Geld. Daher sind wir auf die Ticketeinnahmen angewiesen. Mit dem Bildungsticket steht aber gerade für junge Menschen ein attraktives und günstiges Angebot für den gesamten Verbundraum zur Verfügung.

FREIE WÄHLER

Nein. Das halten wir für einen Ansatz, der nicht funktioniert

PIRATEN  
PARTEI

Ja. Das Wort „kostenlos“ nutzen wir nicht gerne, wir sagen „fahrtscheinfrei“ oder „umlagefinanziert“. Wie toll wäre es, in Bus & Bahn zu steigen, ohne sich Gedanken machen zu müssen, ob das Geld dafür reicht? Eine bessere Förderung für ÖPNV als Alternative zum Auto können wir uns gar nicht vorstellen.

DIE LINKE.

Ja. Mindestens müssen das Sozialticket und das Bildungsticket erhalten werden.

## FRAGE 3



# Sollen auch unter 18-Jährige wählen dürfen?



SPD

Ja. Wir setzen uns dafür ein, dass unter 18-Jährige wählen dürfen. Dies ist jedoch ein Thema der Landesebene: Wir stehen dort für das Wahlalter 14 und prüfen eine weitere Absenkung. Auf kommunaler Ebene wollen wir Jugendbeteiligung fördern, um Anliegen junger Menschen zu berücksichtigen.

AfD

Nein. Man ist volljährig, wenn man 18 ist. Damit verbunden sind sowohl Rechte als auch Pflichten. Wenn man die Rechte, bspw. das Wahlrecht auf unter 18 absenkt, muss auch die Altersgrenze für die Pflichten, wie bspw. Strafmündigkeit, Vertragsfähigkeit oder Jugendarbeitsschutz abgesenkt werden – das sehen wir kritisch.

 BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN

Ja. Wir streben an, dass bei Kommunalwahlen das Wahlalter auf 16 Jahre abgesenkt wird. Außerdem möchten wir Kinder- und Jugendbeteiligung bei Entscheidungen zur Stadtgestaltung weiter fördern sowie Kinder- und Jugendbudgets für eigene Projektideen erreichen.

 Freie  
Demokraten  
FDP

Ja. Wir setzen uns für das aktive Wahlrecht ab 16 Jahren ein.

CDU

Nein. Politische Jugendbeteiligung sollte man nicht auf die Teilnahme an Wahlen ab 16 reduzieren. Wir unterstützen z. B. Juniorwahlen, die Einrichtung eines Jugendparlaments und die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Vorhaben der Stadt Dresden.

FREIE WÄHLER

Nein. Wir finden, dass es gute Gründe gibt, das Wahlrecht an die Volljährigkeit zu knüpfen.

 PIRATEN  
PARTEI

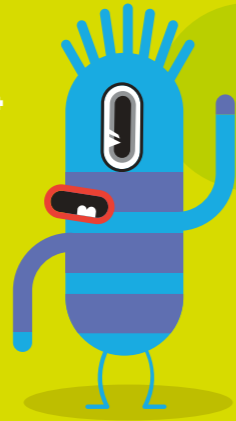
Ja. Wir fordern die Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre. Zwar ist das Bundesland dafür zuständig, trotzdem wollen wir uns dafür auch aus dem Stadtrat heraus einsetzen. Denn: Aktuell sind junge Menschen der Politik beinahe „hilflos ausgeliefert“. Das muss sich ändern.

DIE LINKE.

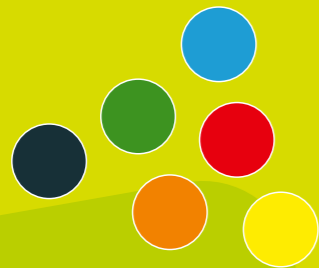
Ja. Unbedingt! Die Positionen von unter 18-Jährigen werden viel zu wenig gehört und haben zu wenig Einfluss auf die Entwicklungen in unserer Stadt. Sie werden aber im besten Fall noch viel länger hier leben.



## FRAGE 4



# Sind Sie dafür, dass alle Schülerinnen und Schüler ein Tablet von der Schule gestellt bekommen?



JA

NEIN

Freie  
Demokraten  
FDP



BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN

AfD

SPD

Ja. Schülerinnen und Schüler müssen mit moderner Technik ausgebildet werden. Wo es erforderlich ist, muss die entsprechende Technik von der Schule bereitgestellt werden.

Ja. Wir streben mittelfristig an, dass allen Schüler\*innen im geeigneten Alter ein Tablet, Laptop oder PC zur schulischen Nutzung zur Verfügung steht. Hierfür sollen vorrangig Mittel des Digitalpakts 2.0 eingesetzt werden.

Ja. Tablets können sowohl zur Lernunterstützung als auch als Lesegerät für Schulbücher sinnvolle Werkzeuge sein. So kann vermieden werden, dass Schüler jeden Tag ihre schweren Schulbücher in die Schule schleppen müssen. Die Schaffung der dafür an den Schulen benötigten, digitalen Infrastruktur unterstützen wir.

Ja. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Schüler\*innen Zugang zu moderner Medien- und IT-Technik haben. Wir unterstützen die Ausstattung der Schulen mit Tablets und sorgen für eine zentrale, engmaschige Betreuung, um Chancengleichheit und digitale Bildung für alle zu gewährleisten.

DIE LINKE.

Nein. Solange wir noch über instabiles WLAN an Schulen, Lehrer\*innenmangel und nicht ausreichende Vermittlungskonzepte reden müssen, braucht es das nicht. Was soll ich mit einem Tablet, mit dem ich in der Schule nichts anfangen kann? Sollten die beschriebenen Probleme gelöst sein, dann sind wir für Tablets für alle Schüler\*innen.



PIRATEN  
PARTEI

Ja. Laptops, Smartphones und Tablets sind allgegenwärtig. Damit umgehen zu können ist essentiell. Aber nicht jede Familie kann sich solche Geräte leisten. Der Umgang mit Laptops/Tablets/Smartphones und „dem Internet“ muss gelehrt und entsprechende Endgeräte den Schüler:innen zur Verfügung gestellt werden.



FREIE WÄHLER

Nein. Das wichtigste was Schüler brauchen sind gute Lehrer. Der Hype um die Digitalisierung ist inzwischen durch renommierte Forscher wie Prof. M. Spitzer als absolut schädlich für unser Bildungssystem erkannt worden.

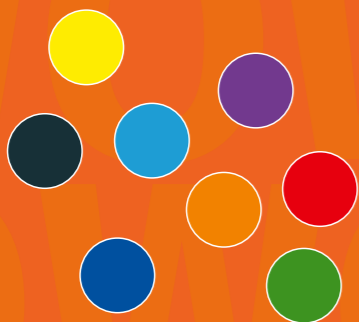
CDU

Ja. Keine schweren Ransen mehr, Erwerb digitaler Kompetenzen, kein Extrataschenrechner, digitale Lehrbücher in denen auch gearbeitet werden kann (und nicht am Ende des Schuljahres möglichst ungenutzt zurückgegeben werden müssen). Funktioniert aber nur, wenn alle die gleichen Bedingungen haben.

FRAGE 5



## Planen Sie in Dresden mehr Spiel- und Sportplätze sowie Schwimmhallen zu errichten?



JA

NEIN

SPD

Ja. Wir planen zusätzliche Spielplätze, Pumptrackanlagen, Fußball- und Basketballkähle sowie Skateanlagen in Wohngebieten. Zudem setzen wir uns für den Weiterbetrieb und den Neubau von Schwimmhallen ein. Ein neues Sachsenbad und der Erhalt des Elbamares stehen bei uns im besonderen Fokus.

AfD

Ja. Wir planen nicht nur, wir werden diese Pläne auch umsetzen. Wir wollen die Schwimmhallen in Pieschen, in Klotzsche und in Gorbitz zeitnah realisieren aber auch den Sanierungsstau unserer Spielplätze und Sportstätten abbauen. Durch Einsparung freiwilliger Leistungen für Asylbewerber können wir die dafür notwendigen Gelder in kürzester Zeit zur Verfügung stellen.

BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN

Ja. Wir unterstützen den Neubau der Schwimmhallen in Klotzsche und Neustadt/ Pieschen und setzen uns für die Erneuerung und den Ausbau von Spiel- und Sportplätzen für den Breitensport ein. Spielplätze sollen durch mehr Tische und Bänke, Sonnenschutz für den Sommer und Beleuchtung im Winter aufgewertet werden.

Freie  
Demokraten  
FDP

Ja. Dresden benötigt dringend mehr Schwimmfläche. Wir unterstützen deshalb Schwimmbadneubauten. Bei der Schaffung neuer Wohngebiete sowie bei der Weiterentwicklung von Quartieren muss auch die ausreichende Versorgung mit Spiel- und Sportplätzen mitgedacht werden.

CDU

Ja. Unser Ziel in den letzten fünf Jahren, war die Errichtung von 20 neuen Turnhallen. Das haben wir fast erreicht und wir werden für weitere Neubauten kämpfen. Ein wichtiges Thema für uns ist auch die Schaffung von Kunstrasenplätzen. Bei Spielplätzen sind wir auf einem guten Weg. Hier ist uns wichtig, die bestehenden auch dauerhaft in Schuss zu halten.



FREIE WÄHLER

Ja. Wir setzen uns insbesondere für die Neubauten der Schwimmhallen in Klotzsche, Pieschen (Neues Sachsenbad), Gorbitz (Elbamare) und perspektivisch auch in Blasewitz ein.

PIRATEN  
PARTEI

Ja. Schon seit Jahren setzen wir uns z. B. für das Sachsenbad in Pieschen ein – leider ein schwieriger Kampf. Bei Spielplätzen legen wir Wert auf Erhalt der vorhandenen Orte, neue Spielplätze sollten schon bei der Planung die Wünsche von Kindern berücksichtigen. Außerdem braucht es einen Skatepark in der Neustadt.

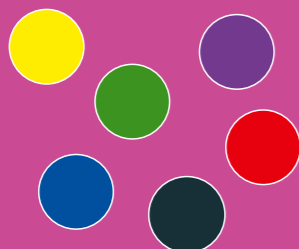
DIE LINKE.

Ja. Die Schwimmhallen, die wir in Dresden haben, müssen erhalten bleiben (Elbamare in Gorbitz und das Freibad Dölzchen) und wir wollen in Pieschen und Klotzsche neue bauen, das wird schon viel zu lange versprochen und nichts passiert.

## FRAGE 6



# Sind Sie für den Bau von Religionsgebäuden verschiedener Religionen?



JA

NEIN

Freie  
Demokraten  
FDP



BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN



AfD

SPD

Ja. Wir setzen uns für die Präsenz aller Religionen in unserer Stadt ein und wollen Vielfalt und den interreligiösen Dialog fördern, um den ökumenischen Zusammenhalt zu stärken und Toleranz sowie Respekt zu stärken.

Enthalten. Freie Ausübung der Religion ist ein Grundrecht. Dieses Grundrecht beinhaltet aber kein Baurecht für stadtbildprägende, religiöse Monumentalbauten. Sollte eine Religionsgemeinschaft in Dresden ein neues Religionsgebäude planen, sollen die Bürger der Stadt selbst entscheiden (Bürgerentscheid), ob dieses Religionsgebäude Bestandteil ihrer Stadt sein soll.

Ja. Jüdische und muslimische Glaubensgemeinschaften sollten ebenso wie christliche Gemeinschaften angemessene Orte für ihre Religionsausübung errichten dürfen. Für den Denkraum Sophienkirche wünschen wir uns eine interreligiöse Nutzung durch Öffnung für verschiedene Glaubensgemeinschaften.

Ja. Die Gleichbehandlung aller Religionsgemeinschaften ist eine der Grundvoraussetzungen unserer freien und gleichen Gesellschaft. Wenn keine sachlichen Gründe gegen einen Neubau sprechen, kann jede Religionsgemeinschaft auf eigene Kosten entsprechende Gebäude errichten.

CDU

Ja. Das ist keine Frage der Meinung, das Grundgesetz gibt uns die Religionsfreiheit vor. Jede Religionsgemeinschaft kann entsprechende Gebäude errichten, wenn sie die Werte unseres Grundgesetzes teilt.



FREIE WÄHLER

Ja. Religionsfreiheit ist ein Grundrecht. Dazu gehören auch Gebäude. Allerdings haben wir etwas gegen die Verbreitung von extremen Ansichten unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit.



PIRATEN  
PARTEI

Ja und Nein. Wir stehen fest zu den Verfassungsgrundsätzen Religionsfreiheit und Säkularität. Dresden soll deswegen den Bau von Religionsgebäuden ermöglichen. Eine Förderung dieser darf aber nicht ohne Weiteres erfolgen – dies sollte vom Vorhandensein gesellschafts-, kultur- oder bildungspolitischer Ziele solcher Projekte abhängig gemacht werden.

DIE LINKE.

Ja. Orte zur freien Religionsausübung sind bedeutend und machen Dresden zu einer Stadt für Alle.

FRAGE 7



## Finden Sie das Gender-Verbot an sächsischen Schulen gut?

JA

NEIN

Freie  
Demokraten  
FDP

BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN

AfD

SPD

Nein. Wir lehnen das Gender-Verbot ab: Jede\*r soll Sprache ohne Zwänge und nach eigenen Bedürfnissen nutzen können. Wir setzen uns für eine offene und inklusive Bildung ein, die Vielfalt und Gleichberechtigung fördert. Jede\*r Schüler\*in muss respektiert und in der eigenen Identität anerkannt werden.

Ja. Unsere Schulen sollen der Wissensvermittlung dienen. Dazu gehört auch das Erlernen von Rechtschreibung und Grammatik. Genderschreibweisen sind keine von Rat der deutschen Rechtschreibung anerkannten Schreibweisen der deutschen Sprache und nachteilig für den Lernerfolg.

Nein. Wir setzen uns für eine geschlechtergerechte Sprache ein, denn Sprache bestimmt auch unser Denken und Handeln. Ebenso unterstützen wir Gleichstellungsarbeit und -angebote.

Nein. Wir sind der Meinung, der Staat und die Verwaltung sollten nicht als Sprachpolizei auftreten. Im Lehrbetrieb gibt es von entsprechenden Fachstellen Festlegungen zur deutschen Rechtschreibung.

CDU

FREIE WÄHLER

PIRATEN  
PARTEI

DIE LINKE.

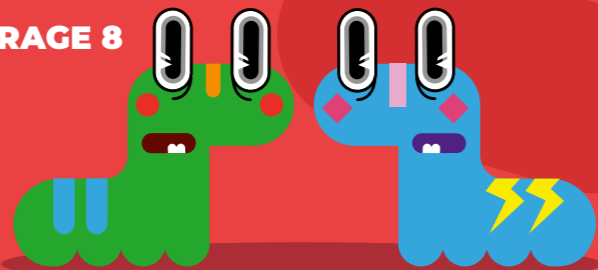
Ja. Uns ist wichtig, dass Sprache nicht ausgrenzt. Das geschieht aber durch Gendern – auch wenn gern das Gegenteil behauptet wird. Gendern benachteiligt vor allem Schülerinnen und Schüler, denen Umgang mit Sprache schwerfällt. Sprache ist tatsächlich der Schlüssel zur Welt. Deshalb wollen wir allen einen möglichst umfassenden Spracherwerb nach klaren Regeln ermöglichen. In seiner Freizeit kann dann jeder sprechen, wie er will – und gern auch gendern.

Ja. Der Unfug der sogenannten Gender-sprache ist für uns eine ideologische Verirrung.

Nein. Wir wünschen uns eine vielschichtige Gesellschaft ohne Einschränkungen. Menschen sollen sich so identifizieren, wie sie möchten. Das von Schüler:innen fernzuhalten, durch Genderverbot oder Nichtbehandlung solcher gesellschaftlich wichtigen Themen, ist falsch und macht geschlechtliche Realitäten unsichtbar.

Nein. Diese Einstellung ist unmodern und langweilig. Gerade an Schulen sollten diese Diskussionen geführt werden, damit eine möglichst tolerante und wertschätzende Kultur entstehen kann. Das mit einem Verbot zu unterbinden, halte ich für falsch.

FRAGE 8



## Halten Sie es für notwendig, dass der Stadtrat in Dresden mehr Maßnahmen gegen den Rechtsruck ergreift?

JA

NEIN

Freie  
Demokraten  
FDP

BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN

AfD

SPD

Ja. Wir müssen Maßnahmen gegen den Rechtsruck ergreifen. Die Stadt darf rechten Demos nicht mehr den roten Teppich ausrollen. Wir setzen uns für eine demokratische und vielfältige Stadtgesellschaft ein. Wir bekämpfen aktiv rechtsextreme Tendenzen durch Aufklärung, Prävention und Integration.

Nein. Der öffentliche Diskurs in unserer Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahren immer weiter nach links verschoben. Positionen, welche vor einigen Jahren noch allgemeiner Konsens waren, werden heute als „rechts“ gebrandmarkt. Der sogenannte „Rechtsruck“ ist in Wirklichkeit ein Linksdrift des öffentlich sagbaren und ein Angriff auf die Meinungsfreiheit. (Bsp: CDU-Wahlplakat von 1991: Asylmissbrauch beenden).

Ja. Die Städtekoalition gegen Rassismus muss weiterverfolgt werden. Unser Ziel ist ein Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus, dass gemeinsam mit der Zivilgesellschaft erarbeitet wird.

Nein. Projekte für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt kommen meist aus der Bevölkerung. Wir begrüßen, wenn Bürgerinnen und Bürger aktiv werden und unterstützen solche Anliegen gern. Der Stadtrat sollte solche Maßnahmen nicht selbst anstoßen, sondern bürgerliches Engagement unterstützen.

CDU

FREIE WÄHLER

PIRATEN  
PARTEI

DIE LINKE.

Ja und Nein. Wir lehnen jede Form von Extremismus ab – gleich ob er linke, rechte oder religiöse Wurzeln hat. Jenseits des Extremismus gehören aber linke, rechte, konservative, liberale und viele andere Positionen zu einer Demokratie dazu. Hier einen friedlichen Ausgleich der Interessen herzustellen, macht das Wesen unserer Staatsform aus. Dafür werden wir weiter kämpfen.

Nein. Wir halten die Spaltung der Gesellschaft in „Linke“ und „Rechte“ für ein Grundübel der heutigen Zeit. Demokratie lebt vom Streit um den richtigen Weg und dem Austausch von Argumenten. Dazu gehört, dass man jedem Menschen, wie das unsere Verfassung vorsieht, seine freie Meinung zubilligt. Auch und gerade dann, wenn man diese Meinung nicht teilt.

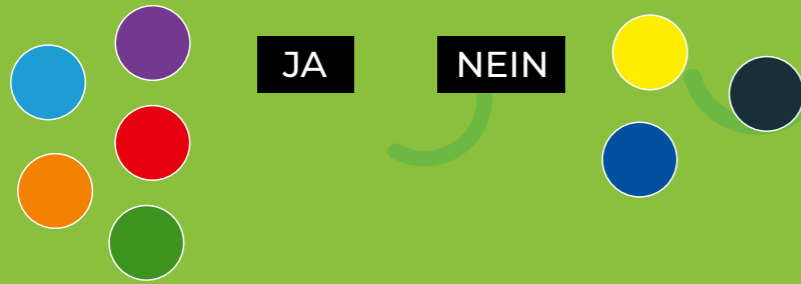
Ja. Es gibt viele Punkte, die der Stadtrat machen kann: z. B. die dauerhafte Förderung der Zivilgesellschaft. Ein weiterer Punkt wäre, das städtische Gedenken am 13.02., dass Dresden noch heute als Opfer im 2. Weltkrieg darstellt, abzuschaffen und stattdessen das Gedenken an Opfer des Nationalsozialismus in den Fokus zu rücken.

Ja. Das beginnt bei der Förderung von Jugendarbeit und Projekten, die sich für die Entwicklung der Nachbarschaft einsetzen, schnelles und konsequentes Entfernen von Naziparolen und auch der möglichen Einschränkung von rechten Aufmärschen in der Innenstadt.

## FRAGE 9



# Sind Sie für freies WLAN in allen Stadtteilen Dresdens?



SPD

Ja. Wir befürworten die Bereitstellung von freiem WLAN, die Förderung von Freifunk-Initiativen und den flächendeckenden Ausbau des Glasfasernetzes. Wir arbeiten an einer digitalen Infrastruktur, die allen Bürger\*innen den Zugang zum Internet ermöglicht und die Teilhabe am digitalen Leben fördert.

AfD

Ja. Dresden, Sachsen und ganz Deutschland sollte schnellstmöglich flächendeckend mit schnellem Internet ausgestattet werden. Funklöcher werden wir, notfalls auch durch staatliche Maßnahmen, mit Internet versorgen. Dass in allen städtischen Gebäuden in allen Stadtteilen freies WLAN angeboten wird, unterstützen wir.

 BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN

Ja. Die Stadt bietet an vielen Standorten bereits WLAN an. Ein Überblick ist im Themenstadtplan auf der Webseite [www.dresden.de](http://www.dresden.de) zu finden.

 Freie  
Demokraten  
FDP

Nein. Eine Grundabdeckung des gesamten Stadtgebietes ist nicht praktikabel und wirtschaftlich schwer zu stemmen. Wir setzen und jedoch dafür ein, dass in allen öffentlichen Gebäuden und an gut besuchten öffentlichen Plätzen freies WLAN zur Verfügung steht.

CDU

Nein. In der Stadt gibt es bereits viele Hotspots, insbesondere auch in allen Bibliotheken. Unser Augenmerk liegt darauf, mit Breitbandausbau „weiße Flecken“ im Stadtgebiet zu schließen und über das Stadtnetz 500+ alle Schulen mit stabilen Internet ans Netz zu bringen. Das schafft die Voraussetzung für Bildungsgerechtigkeit.

FREIE WÄHLER

Nein.

 PIRATEN  
PARTEI

Ja. Freies WLAN gehört unserer Vorstellung nach zum „öffentlichen Service“, wie zum Beispiel auch Trinkbrunnen, Toiletten oder Dinge wie öffentliche Handy-Ladestationen oder Fahrradpumpen. Sie bereichern das Leben in der Stadt und erleichtern Alltag und Freizeit im Freien.

DIE LINKE.

Ja. Das Internet ist ein weiterer Teil unseres Alltags und unserer Lebenswelt geworden. Der Zugang sollte überall frei sein und nicht davon abhängen, ob mein Guthaben gerade aufgeladen ist oder ich mich in einer Shoppingmall aufhalte.

## FRAGE 10



## Sind Sie für mehr Polizeipräsenz ohne konkreten Anlass?

JA

NEIN



Freie  
Demokraten  
FDP

BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN

AfD

SPD

Nein. Wir setzen uns für eine ausgewogene und bedarfsgerechte Polizeipräsenz ein. Wir unterstützen gezielte Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung, aber lehnen eine pauschale und übermäßige Polizeipräsenz ohne konkreten Anlass ab.

Nein. Die Polizei sollte dort präsent sein, wo es notwendig ist. Das betrifft vor allem die Kriminalitätsschwerpunkte von Dresden. Zudem ist es wichtig, dass die Polizei schnell vor Ort ist, wenn sie gerufen wird. Gerade bei Straftaten kommt es oft auf jede Minute an. Hier sehen wir noch Verbesserungspotential.

Nein. Die Freiheit, sich im öffentlichen Raum unbehelligt aufhalten zu können, ist ein wichtiges Element einer freiheitlichen Gesellschaft. Wir setzen auf Kriminalprävention durch Kommunikation sowie soziale und bauliche Maßnahmen. Alkoholverbote, Videoüberwachung und anlasslose Kontrollen lehnen wir ab.

Nein. Wir sind gegen einen Personalzuwachs beim Kommunalen Vollzugsdienst. Mehr anlasslose Polizeipräsenz lehnen wir ab. Stattdessen sollte die Polizeipräsenz an den bekannten sog. Kriminalitätsschwerpunkten besser koordiniert werden.

CDU

FREIE WÄHLER

PIRATEN  
PARTEI

DIE LINKE.

Ja. Unser Ansatz ist community policing, d. h. das Polizei und Bevölkerung sollen gemeinsam zu kriminalpräventiven Maßnahmen finden. Das setzt eine höhere Präsenz von Polizistinnen und Polizisten mit Milieu- und Ortskenntnisse voraus.

Nein. Polizei sollte immer dann vor Ort sein, wenn es dafür sachliche Gründe gibt.

Nein. Die Polizei verfügt über viel zu umfangreiche Mittel, die teilweise ohne richterlichen Beschluss nicht zu rechtfertigende Eingriffe in die Grundrechte erlauben und anlasslose Überwachung ermöglichen. Wir werden alle Möglichkeiten ausschöpfen, um dem Kontroll- und Überwachungswahn des Staates Einhalt zu gebieten.

Nein. Mehr Polizei bringt nicht automatisch mehr Sicherheit.



# Welche Antworten gefielen dir am besten?

								
<b>FRAGE 1</b>								
<b>FRAGE 2</b>								
<b>FRAGE 3</b>								
<b>FRAGE 4</b>								
<b>FRAGE 5</b>								
<b>FRAGE 6</b>								
<b>FRAGE 7</b>								
<b>FRAGE 8</b>								
<b>FRAGE 9</b>								
<b>FRAGE 10</b>								
<b>GESAMT</b>								



## Impressum:

**HERAUSGEBER**  
 Stadtjugendring Dresden e.V.  
 Reckestr. 1  
 01187 Dresden  
 Tel.: (0351) 47 07 006  
 www.stadtjugendring-dresden.de  
 info[at]stadtjugendring-dresden.de

**REDAKTION** Geschäftsstelle Stadtjugendring Dresden e.V.  
**LEKTORAT** Anett Dahl  
**GESTALTUNG** Nadja Nitsche | n-zwo  
**DRUCK** SAXOPRINT GmbH  
**GRAFIKEN** u18.org

*Die beiden Texte in einfacher Sprache wurden mit Hilfe des Tools <https://einfachesprache.xyz/> erstellt.*

Kooperationspartner





IST DIR DEMOKRATIE  
WICHTIG?

